

361

359

365

355

370

350

410

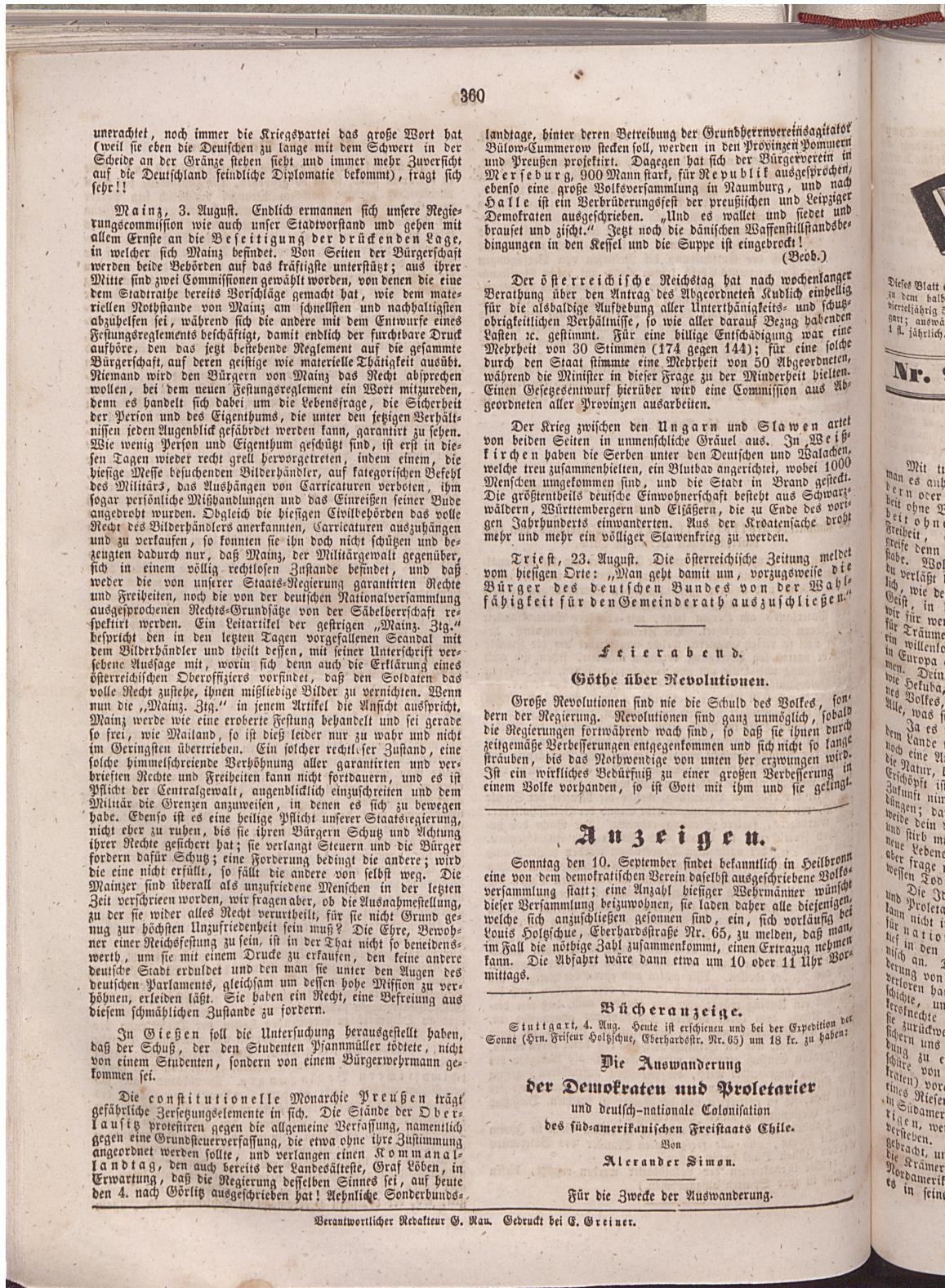
310

460

260

Ende

Anfang



unerachtet, noch immer die Kriegspartei das große Wort hat (weil sie eben die Deutschen zu lange mit dem Schwert in der Schenke an der Gränze stehen sieht und immer mehr Zuversicht auf die Deutschland feindliche Diplomatie bekommt), fragt sich sehr!!

Mainz, 3. August. Endlich ermannen sich unsere Regierungskommission wie auch unser Stadtvorstand und gehen mit allem Ernste an die Befestigung der drückenden Lage, in welcher sich Mainz befindet. Von Seiten der Bürgerchaft werden beide Behörden auf das kräftigste unterstützt; aus ihrer Mitte sind zwei Commissionen gewählt worden, von denen die eine dem Stadtrathe bereits Vorschläge gemacht hat, wie dem materiellen Nothstande von Mainz am schnellsten und nachhaltigsten abzuhelfen sei, während sich die andere mit dem Entwurfe eines Festungsreglements beschäftigt, damit endlich der fürchterliche Druck aufhöre, den das fest bestehende Reglement auf die gesammte Bürgerchaft, auf deren geistige wie materielle Thätigkeit ausübt. Niemand wird den Bürgern von Mainz das Recht absprechen wollen, bei dem neuen Festungsreglement ein Wort mitzureden, denn es handelt sich dabei um die Lebensfrage, die Sicherheit der Person und des Eigenthums, die unter den jetzigen Verhältnissen jeden Augenblick gefährdet werden kann, garantirt zu sehen. Wie wenig Person und Eigenthum geschützt sind, ist erst in diesen Tagen wieder recht grell hervorgetreten, indem einem, die diese Messe besuchenden Bilderhändler, auf kategorischen Befehl des Militärs, das Aushängen von Caricaturen verboten, ihm sogar persönliche Mißhandlungen und das Einreißen seiner Wade angedroht wurden. Obgleich die hiesigen Civilbehörden das volle Recht des Bilderhändlers anerkannten, Caricaturen auszuhängen und zu verkaufen, so konnten sie ihn doch nicht schützen und besetzten nur, daß Mainz, der Militärgewalt gegenüber, sich in einem völlig rechtlosen Zustande befindet, und daß weder die von unserer Staats-Regierung garantirten Rechte und Freiheiten, noch die von der deutschen Nationalversammlung ausgeprochenen Rechts-Grundsätze von der Säbelherrschafft respektirt werden. Ein Leitartikel der gestrigen Mainz. Ztg. bespricht den in den letzten Tagen vorgefallenen Scandal mit dem Bilderhändler und theilt dessen, mit seiner Unterschrift versehenen Aussage mit, worin sich denn auch die Erklärung eines österreichischen Oberoffiziers vorfindet, daß den Soldaten das volle Recht zustehe, ihnen mißliebige Bilder zu vernichten. Wenn nun die Mainz. Ztg. in jenem Artikel die Ansicht auspricht, Mainz werde wie eine eroberte Festung behandelt und sei gerade so frei, wie Mailand, so ist dieß leider nur zu wahr und nicht im Geringsten übertrieben. Ein solcher rechtloser Zustand, eine solche himmelschreiende Verhöhnung aller garantirten und verbrieften Rechte und Freiheiten kann nicht fortdauern, und es ist Pflicht der Centralgewalt, augenblicklich einzuschreiten und dem Militär die Grenzen anzuweisen, in denen es sich zu bewegen habe. Ebenso ist es eine heilige Pflicht unserer Staatsregierung, nicht eher zu ruhen, bis sie ihren Bürgern Schutz und Achtung ihrer Rechte gesichert hat; sie verlangt Steuern und die Bürger fordern dafür Schutz; eine Forderung bedingt die andere; wird die eine nicht erfüllt, so fällt die andere von selbst weg. Die Mainzer sind überall als unzufriedene Menschen in der letzten Zeit verfahren worden, wir fragen aber, ob die Ausnahmestellung, zu der sie wider alles Recht verurtheilt, für sie nicht Grund genug zur höchsten Unzufriedenheit sein muß? Die Ehre, Bewohner einer Reichsfestung zu sein, ist in der That nicht so beneidenswerth, um sie mit einem Druce zu erkaufen, den keine andere deutsche Stadt erduldet und den man sie unter den Augen des deutschen Parlaments, gleichsam um dessen hohe Mission zu erhöhen, erleiden läßt. Sie haben ein Recht, eine Befreiung aus diesem schmachlichen Zustande zu fordern.

In Gießen soll die Untersuchung herausgestellt haben, daß der Schuß, der den Studenten Pfannmüller tödtete, nicht von einem Studenten, sondern von einem Bürgerwehmann gekommen sei.

Die constitutionelle Monarchie Preußen trägt gefährliche Zerlegungselemente in sich. Die Stände der Oberlausitz protestiren gegen die allgemeine Verfassung, namentlich gegen eine Grundsteuerreform, die etwa ohne ihre Zustimmung angeordnet werden sollte, und verlangen einen Kommandanttag, den auch bereits der Landesälteste, Graf Löben, in Erwartung, daß die Regierung desselben Sinnes sei, auf heute den 4. nach Görlitz ausgesprochen hat! Aehnliche Sonderbunds-

landtage, hinter deren Betreibung der Grundherrschaftsagitor Bülow-Gummerow stehen soll, werden in den Provinzen Pommern und Preußen protestirt. Dagegen hat sich der Bürgerverein in Merseburg, 900 Mann stark, für Republik ausgesprochen, ebenso eine große Volksversammlung in Raumburg, und nach Halle ist ein Verbrüderungsfest der preussischen und Leipziger Demokraten ausgesprochen. „Und es wolket und siedet und brauset und zischt.“ Jetzt noch die dänischen Waffenstillstandsbedingungen in den Kessel und die Suppe ist eingebracht! (Beob.)

Der österreichische Reichstag hat nach wochenlanger Berathung über den Antrag des Abgeordneten Rudlich einbellig für die alsbaldige Aufhebung aller Unterthänigkeits- und schuldobrigkeitlichen Verhältnisse, so wie aller darauf Bezug habenden Lasten u. gestimmt. Für eine billige Entschädigung war eine Mehrheit von 30 Stimmen (174 gegen 144); für eine solche durch den Staat stamme eine Mehrheit von 50 Abgeordneten, während die Minister in dieser Frage zu der Minderheit blieben. Einen Gesetzesentwurf hierüber wird eine Commission aus Abgeordneten aller Provinzen ausarbeiten.

Der Krieg zwischen den Ungarn und Slawen artet von beiden Seiten in unmensliche Gräuelt aus. In Wien haben die Serben unter den Deutschen und Walachen, welche treu zusammenhielten, ein Blutbad angerichtet, wobei 1000 Menschen ungenommen sind, und die Stadt in Brand gesteckt. Die größtentheils deutsche Einwohnerchaft besteht aus Schwarzwäldern, Württembergern und Elßäsern, die zu Ende des vorigen Jahrhunderts einwanderten. Aus der Kroatenfackel droht mehr und mehr ein völliger Slawenkrieg zu werden.

Triest, 23. August. Die österreichische Zeitung meldet vom hiesigen Orte: „Man geht damit um, vorzugsweise die Bürger des deutschen Bundes von der Wahlfähigkeit für den Gemeinderath auszuschließen.“

Feierabend.

Goethe über Revolutionen.

Große Revolutionen sind nie die Schuld des Volkes, sondern der Regierung. Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen und sich nicht so langesträuben, bis das Nothwendige von unten her erzwungen wird. Ist ein wirkliches Bedürfniß zu einer großen Verbesserung in einem Volke vorhanden, so ist Gott mit ihm und sie gelingt.

Anzeigen.

Sonntag den 10. September findet bekanntlich in Heilbronn eine von dem demokratischen Verein daselbst ausgesprochene Volksversammlung statt; eine Anzahl hiesiger Wehrmänner wünscht dieser Versammlung beizuwohnen, sie laden daher alle diejenigen, welche sich anzuschließen gesonnen sind, ein, sich vorläufig bei Louis Holzschue, Eberhardstraße Nr. 65, zu melden, daß man, im Fall die nöthige Zahl zusammenkommt, einen Extrazug nehmen kann. Die Abfahrt wäre dann etwa um 10 oder 11 Uhr Vormittags.

Bücheranzeige.

Stuttgart, 4. Aug. Heute ist erschienen und bei der Expedition der Sonne (Hrn. Friseur Holzschue, Eberhardstr. Nr. 65) um 18 fr. zu haben:

Die Auswanderung der Demokraten und Proletarier

und deutsch-nationale Colonisation des südamerikanischen Freistaats Chile.

Von Alexander Simon.

Für die Zwecke der Auswanderung.